

Saale-Beitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

werden die Gebrüder Kolomanne aus deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg., benannt und in untern Verzeichnissen und allen Anzeigen-Exemplaren angenommen. Reflekt. die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erhebt täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis
Der Halle vierteljährlich bei postmännlicher Aufrechnung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Belegungs-Berichtsblatt unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unterjährl. eingehende Nammtreue wird keine Gewähr übernommen. Subskrib. nur mit Einzahlungsbetrag „Saale-Be.“ gefälligst.
Bezugspreis der Redaktion Str. 114/10; der Angestellten Wohnung Str. 170; der Abonnementskasselerin Str. 1133.

Nr. 104.

Halle a. S., Montag, den 3. März.

1913.

Die Reichsvermögenssteuer im Spiegel der Parteien.

Die so überraschend angekündigte einmalige Vermögenssteuer zur Deckung der Ausgaben der neuen Militärverträge hat in dem Lager der Parteien ein lebhaftes Echo gefunden, ein Echo, das um so lauter klingt, als die Befanntschaft des bisher sorgsam gehaltene Planes so unvollständig — wie ein Blick aus heiterem Himmel kam. So weit wir die Pressstimmen übersehen können, hat man zwar im liberalen Lager gewisse Bedenken über das ungewöhnliche dieser nur in Kriegsjahren üblichen Steuerart, weil dadurch im Auslande eine falsche Vorstellung über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches entstehen könne, im Prinzip aber hält man diese Lösung des Deckungsproblems für eine „gerechte“ und „gewissenhaften anständige“. Wir haben bereits bei Bekanntgabe der ersten Mitteilung von der geplanten Vermögenssteuer darauf hingewiesen, daß dieses Prinzip der Lastenteilung eine alte liberale Forderung darstelle und wir werden in dieser Auffassung heute von maßgebenden politischen Vätern wie „Berliner Tageblatt“ und „Börsen Zeitung“ unterstützt. Daß über das „wette“ des geplanten Modus, vor allem über die Höhe der zur Deckung heranzuziehenden Vermögens und über die Art, wann und in welchen Raten die neue Steuer zu erheben ist — mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation der kleineren Kapitalisten — einstweilen noch Meinungsverschiedenheiten bei den prinzipiellen Befürwortern des Vermögenssteuerprojektes bestehen, ist ganz selbstverständlich.

Auffassung der liberalen Presse.

Im „Berliner Börsen-Courier“ schreibt Martin Wend: In dieser Art Steuern greift man sonst nur in Tagen großer Kriegsnot, wo es sich zu handeln gilt, weil der Feind vor den Toren steht, und man nationale Opferwilligkeit von heute auf morgen setzen muß. In Friedenszeiten, wie wir sie doch noch durchleben, sollte man solche Mittel, die leicht den falschen Eindruck eines „letzten“ Rettungsankers machen, zu dem ein finanziell armes Land greift, vermeiden. Wir sind feinstes so armes Land, daß nicht Hoffnung wäre, auch auf dem Wege einer gefunden Steuerrecht zu einem befriedigenden Mittel zu kommen. Diese „Kriegssteuer“ macht den peinlichen Eindruck, als wenn zu ihr eben nur eine Regierung greift, die einen das ex machina braucht, weil sie sonst aus den innerpolitischen Schwierigkeiten zwischen Reich und Bundesstaaten und Regierung und Parlament nicht mehr herauskommen zu können. Und diesen üblen Eindruck wird keine noch so schöne und klangvolle Erinnerung an die Kriegsteuern vor 100 Jahren verwehren können.

Im übrigen wird man natürlich abwarten müssen, wie diese Einkommensteuer im allgemeinen gedacht ist, welche prozentuale Besteuerung man plant usw. Man wird zu ihr auch erst dann definitiv Stellung nehmen können, wenn klar ist, wie denn die anderen für die dauernden neuen Ausgaben notwendigen Steuern geplant sind. Wenn man etwa bei ihnen in Rücksicht auf dieses einmalige Beschlüß der Reichstag, die Masse dafür dann aufs neue belasten will, so wird die Opposition sehr stark werden.

Als ungläubigwürdig wird uns auch bezeichnet, daß man die Steuerengruppe auf 30- oder 50 000 Mark nach unten ziehen will. Es dürften vielmehr auch Vermögen unter 30 000 Mark in Betracht kommen.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt: Für eine Vermögenssteuer an sich wäre natürlich sehr leicht eine Mehrheit im Reichstag zu haben; fälschere Anläufe dazu sind lediglich an dem Widerspruch der Regierung gescheitert, aber man hat dabei doch nicht an eine einmalige und daher hohe Besteuerung der reichen Leute gedacht, sondern an eine dauernde und daher mäßige Besteuerung, und es heißt immerhin abzuwarten, ob man dieser Art Vermögenssteuer nicht den Vorzug gibt. Ihre Einführung würde ja nicht mehr Schwierigkeiten machen, als die beschlossene einmalige Abgabe, und es ist nicht einzusehen, wozu man in den Bundesstaaten, die noch keine Vermögenssteuer haben, einen vollständigen Verwaltungsmaschine nur für einen vorübergehenden Zweck schaffen soll.

Es soll sich bei dem Plan der Regierung, der die kleineren Vermögen bis zu 30 oder 50 000 Mark freilassen soll, natürlich um eine Zulässigkeitsgabe handeln, die zum Ausdruck bringen soll, daß das deutsche Volk heute wie vor hundert Jahren bereit ist, sein Gut für die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu opfern. Aber eine Kriegssteuer, wie man die Um-

lage bereits nennt, kann auch leicht falsche Vorstellungen über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches erwecken; denn Kriegsteuern pflegt man nur in Zeiten äußerster Not zu erheben, wie sie eben vor 100 Jahren geherrscht hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine allgemeine Reichsvermögenssteuer oder eine kräftige Erbschaftsteuer, wie sie andere Länder bereits haben, finanziell denselben Erfolg, aber ohne diesen unangenehmen Begleitmaß haben würde. Man muß nur die Entschlossenheit haben zu fordern und für seine Forderung mit der nötigen Entschiedenheit einzutreten.

Die fortschrittliche „Börsen Zeitung“ steht in der jetzigen einmaligen Reichsabgabe den Beginn einer Bewegung zu den prinzipiellen Auffassungen der fortschrittlichen Volkspartei.

Freilich eine einmalige Vermögensabgabe zur Deckung einmaliger Kosten der Wehrverträge ist etwas an sich ganz Ungewöhnliches und in Friedenszeiten Beispielloses. Eine erste Prüfung muß darum vorbestanden bleiben. Nur daß anscheinend auch die Kosten etwas ganz Ungewöhnliches und in Friedenszeiten Beispielloses sein werden. Schon hat die „Kölnische Ztg.“ sie auf eine Milliarde und mehr beziffert, während sich die Höhe der dauernden Ausgaben noch gar nicht berechnen läßt. Das heißt, man will den Etat von den Zinsen der einmaligen Ausgaben, wenn diese durch Anleihen aufgebracht werden müßten, entlasten und die Schuldentlastung nicht erhöhen. Welchen Betrag diese einmalige Abgabe vom Vermögen erreichen und wie sie erhoben werden soll, insbesondere in den Einzelstaaten, wo es bisher gar keine Vermögenssteuer gibt oder wo sie nach ganz anderem Maßstab erhoben wird als in Preußen, von alledem verrät die Regierung nichts. Aber was einmal geschieht, wird auch wiederholt und mit niedrigeren Steuerfüßen dauernd gesehen können. Es wird jetzt der Weg zur einheitlichen Reichsvermögenssteuer gefunden werden.

Die demokratische gerichtete „Berliner Morgenpost“ erblickt in der Ankündigung der Vermögenssteuer zur Deckung der einmaligen Ausgaben den „geschicktesten Schachzug, den die Wehrmann machen kann.“ In das Wirrsal der Deckungsschwierigkeiten ist Licht gefallen. Die Einteilung wird sicherlich im Vorfeld zu stimmen. Werden die Agrarier sich diese Gelegenheit entgehen lassen, den Patriotismus, den sie so oft mit dem Munde bejubelt haben, durch die Tat zu beweisen? Oder werden sie wieder versuchen, eine Ertztauer zu schmornen? Der Versuch möchte recht böse für sie ausfallen. Sollten sie ihn aber dennoch wagen — um so besser für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands. Das Werk, das die Ablehnung der Erbanfallsteuer begonnen hat — das Werk der Zerrückung der konfessionellen Herrschaft — würde durch die abgelehnte Vermögensabgabe vollendet werden.

Ganz gewiß löst der neue Vorschlag längst nicht alle Schwierigkeiten. Es bleibt das große Problem, die dauernden Ausgaben zu decken. Vermutlich wird die Erörterung dieses Problems eine große Rolle in der gefolgten Konferenz der „Stimmführenden“ gespielt haben. Immerhin bedeutet die Deckung der einmaligen Ausgaben einen großen Schritt nach vorwärts. Es darf wohl als sicher betrachtet werden, daß

die Sozialdemokratie

aller ihrer prinzipiellen Gegnerhaft gegen den Militarismus ungeachtet, dieser Deckung zustimmen wird.“ Der (farbloser) offiziöse bediente „Berliner Sozialanzeiger“ erzählt: Der geringere Vermögensbesitz von der Steuer verschont werden soll, steht noch nicht fest, keineswegs aber denkt man daran, die Abgabe erst von einem Vermögen von 30 000 oder gar von 50 000 Mark aufwärts zu erheben, da sonst der erforderliche Betrag — annähernd eine Milliarde Mark — nicht aufzubringen wäre. — Die Vorlage der Reichsteilung soll in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen, der, wie man annimmt, sie im Laufe der kommenden Woche verabschieden wird.

Die Haltung der konservativen Presse.

Die Stellungnahme der führenden konservativen Blätter läßt erkennen, daß in dem Lager der Rechten eine prinzipielle Geneigtheit zur Akzeptierung der Reichsvermögenssteuer vorliegt; eine deutliche Stellungnahme wird allerdings sowohl von dem Organ der Deutsch-Konservativen, der „Kreuzzeitung“, als auch von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, — vermieden, bis Herr von Heydenbrand gesprochen!

Die „Kreuzzeitung“ sagt: Darüber, wie die Parteien sich zu dem Gedanken, die einmaligen Kosten der Vorlage durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen zu decken, stellen werden, läßt

sich im Augenblick naturgemäß noch nichts sagen. Jedenfalls aber dürfte es diesem Plane die Wege ebnen, daß, wie wir hören, die deutschen Fürsten sich bereit erklärt haben, für diese einmalige Vermögensabgabe auf ihr Privileg der Steuerfreiheit zu verzichten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschränkt sich auf folgende knappe Sätze:

„Grundfährlich werden wir uns selbstverständlich, wenn der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilte Vorschlag von den verantwortlichen Faktoren als notwendig erkannt und gebilligt wird, diesem Opfer für das Vaterland nicht verweigern. Heute schon mehr darüber zu sagen, erscheint nicht gut angängig, da die Ankündigung des Regierungsorgans ja zu allgemeinen gehalten ist, um ein näheres Urteil über diesen außerordentlichen Vorschlag zu gestatten.“

Freundlicher urteilt die freikonserervative „Post“: „Was die Deckung der einmaligen Kosten der Wehrverträge durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen anbetrifft, so wird die Regierung sich in ihrer Erwartung nicht getäuscht sehen, daß die bestehenden Klassen gern und freudig die Opfer zu bringen bereit sind, die von ihnen verlangt werden, und eine Enttäuschung wird lediglich auf Seiten der demokratischen Presse sein, welche der Anschauung Ausdruck gegeben hat, daß eine derartige Abgabe die Stimmung für die Wehrverträge ebenfalls abflauen werde.“

Das Zentrum ist einverstanden.

Die Zentrumsblätter begnügen sich mit kurzen Zustimmungserklärungen. So schreibt die „Germania“, die mit Herrn Erzberger feste Fühlung unterhält: „Wenn der Bundesrat diesem Vorschlag zustimmt, wird von Reich wegen eine allgemeine Einführung der Vermögen erforderlich werden, und es wird obdunkeln sein prinzipielles Bedenken mehr gegen die Einführung einer Reichsvermögenssteuer bestehen.“

Und die „Kölnische Volkszeitung“ (Richtung Bayern) meint:

„Der Gedanke, die Vermögen — es handelt sich dabei ja wohl nicht um den kleinen Besitz — in dieser Weise einmalig zu den außerordentlichen Opfern dieses Jahres heranzuziehen, erscheint uns als ein gangbarer Ausweg in einer ungewöhnlich schwierigen Situation. Die Abgabe nur einmal erhoben werden soll, verträglich ist auch eher mit den Steueressensystemen der Einzelstaaten als eine bleibende Steuer.“

Das steht beinahe aus, als ob die Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg bereits vor der offiziellen Bekanntgabe ihres neuesten Steuerprojektes mit den führenden Zentrumsparlamentariern Rücksprache genommen und sich ihres Einverständnisses versichert hätte.

Endlich naht der Friede.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ steht der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Balkan hoffnungsvoll entgegen. Das offizielle Blatt schreibt:

Für die Klärung der Orientlage ist nunmehr ein vorläufiger entscheidender Schritt erfolgt: die Türkei hat sich freudigherweise bereit erklärt, die Vermittlung der Großmächte zum Zweck des Friedensschlusses anzunehmen. Im Besitz dieser Mitteilung, wenden sich die Mächte ungefümt an die Regierungen des Balkanbundes, um festzustellen, ob diese, ebenso wie die Türkei, die Vermittlung Europas annehmen wollen. Man wird mit Rücksicht auf den überall sich geltend machenden Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens erwarten können, daß auch die Balkanregierungen sich den Großmächten anvertrauen. Gelingt es, europäische Friedensverhandlungen endgültig in Fluß zu bringen, so darf man sich von dieser gemeinsamen Arbeit der Diplomatie auch eine günstige Rückwirkung auf die Lösung der von den Großmächten bisher noch nicht erledigten und ihre eigenen Interessen berührenden Fragen versprechen.

Die Entdeckung eines Geheimkomites in Konstantinopel.

das das Ministerium Mahmud Scheffet-Pascha durch ein handschriftliches und durch ein der Delegationsrat freundschaftliches Kabinett erhalten wurde, bemittelt die Wadmamrat der Regierung, die die vertriebenen Strömungen im Land genau kennt. Der Vorschlag erregt größeres Interesse, weil als Präsident des Komitees der Sekretär des Prinzen Sabah Eddin, ein gewisser Lutfi, fungierte. Mehrere Offiziere waren ebenfalls beteiligt. Es sollte mit Bomben operiert werden. Ob Sabah Eddin, der Neffe des Sultans, die Bestrebungen seines Sekretärs kannte, mag dahingestellt bleiben. Lutfi ist flüchtig. Im übrigen braucht man die Bedeutung der ganzen Sache nicht zu schwer zu nehmen. Geheimkomitees und Verschwörungen gehören zu den Mitteln des türkischen Parteilampes, der begreiflicherweise jetzt mit besonderer Schärfe und Erbitterung geführt wird. Die Kundgebung sollte nach dem Fall Adrianopel und nach der Entdeckung Gallipolis durch die Bulgaren stattfinden. Der frühere Militärführer von Konstantinopel, Oberstleutnant Samiet, der frühere Wehrminister Khalil und das ehemalige Mitglied des Kriegsrates, Hauptmann Kudret, die alle geflüchtet sind, sind durch die Hausdurchsuchung beim Prinzen Sabah Eddin bloßgestellt worden. Am Tage nach der Haus-

